BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen

Stellungnahme des BSV zu dem Beschluss der EU-Außenminister, das Waffenembargo gegen Syrien aufzuheben

Syrien braucht ehrliche Makler, nicht noch mehr Waffen

Minden, 28. Mai 2013

Der Bund für Soziale Verteidigung verurteilt die Entscheidung der EU-Außenminister, auf Drängen Frankreichs und Großbritanniens das Ende Mai auslaufende Waffenembargo gegen Syrien aufzuheben.
In der Nacht des 27. Mai 2013 haben die Außenminister entschieden, es den Mitgliedsländern der EU zu überlassen, ob sie Waffen und andere militärische Ausrüstung an die Syrian National Coalition liefern wollen, sofern diese „dem Schutz von Zivilisten" dienten. Jede Lieferung solle auf einer Einzelfallbasis entschieden werden.[i] Die anderen Sanktionen bleiben für ein weiteres Jahr bestehen.
Wir haben diese Entscheidung mit Entsetzen vernommen. Das letzte, was Syrien braucht, sind noch mehr Waffen. Schon jetzt fließen Waffen aus vielen Ländern nach Syrien und in die Hände unzähliger Milizen und bewaffneter Gruppen. Die Entscheidung, eine Bewaffnung der Opposition zuzulassen, wird dreierlei bewirken: Zum einen werden schlicht mit diesen Waffen noch mehr Menschen getötet oder verwundet werden und die Zahl der Opfer weiter in die Höhe gehen. Zum zweiten ist es eine Illusion, zu meinen, wie es die EU anscheinend tut, dass es gelingen würde, diese Waffen den „gemäßigten" Kräften der Freien Syrischen Armee, nicht den extremistischeren Splittergruppen zukommen zu lassen. Die FSA ist zutiefst gespalten und zersplittert. Weder ist sie eine einheitliche Armee – die in der Türkei sitzenden Kommandeure haben kaum Kontrolle über die verschiedenen Grüppchen, die unter dem Namen der FSA in Syrien operieren -, noch geht es bei ihren Operationen mehr um den „Schutz der Zivilbevölkerung". Die Liste der von oppositionellen Kämpfern begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen steht inzwischen kaum mehr der des Regimes nach, und es ist kaum auszumachen, nicht einmal von den Menschen vor Ort, wer welcher bewaffneten Gruppe angehört.[ii] Und zum dritten vertieft allein die Entscheidung, selbst falls nicht sofort Waffen tatsächlich geliefert werden sollten, den Graben zwischen den Ländern, die das Assad-Regime unterstützen und denen, die sich auf Seiten der Opposition gestellt haben, was eine Vermittlung in dem Konflikt weiter kompliziert. Zu behaupten, wie es die Befürworter der Waffenlieferungen tun, dass dies den Druck auf das Assad-Regime erhöhen und dadurch die Verhandlungen wahrscheinlicher machen würde, ist entweder blauäugig oder eine bewusste Täuschung.[iii]
Alle Seiten im Konflikt sind inzwischen von ausländischer Unterstützung abhängig. Je mehr das gilt, umso mehr liegt auch die Verantwortung und der Schlüssel zur Beendigung der Gewalt im Ausland. Deshalb fordern wir von der internationalen Gemeinschaft, alles zu unterlassen, was den Konflikt weiter anheizt, insbesondere die Kriegsparteien mit noch mehr Waffen auszustatten, und stattdessen als „ehrliche Makler" die Parteien dazu zu bewegen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

Dr. Christine Schweitzer
(Geschäftsführerin)

Für Rückfragen im Zeitraum zwischen den 28.5. und 3.6. steht die Unterzeichnerin unter der Tel.-Nr. 0173- 621 68 95 zur Verfügung.
In dem angehängten Papier beschreiben wir die derzeitige Situation in Syrien und formulieren ausführlicher unsere Vorschläge.

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:
www.jahalin.net
www.no-blame-approach.de
www.nonviolentpeaceforce.de
www.streitschlichtungskongress.de

BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Zur Situation in Syrien

Die Lage in Syrien wird immer verzweifelter. Seit Beginn des Aufstandes in Syrien im März 2011 sind nach Zahlen der Vereinten Nationen mehr als 70.000 Menschen getötet worden[iv], manche Quellen sprechen schon von über 80.000 Opfern. Die Kämpfe in Syrien lassen nicht nach; Homs, Aleppo, jetzt Qusair stehen für unzählige Tote und Vertriebene und für Zerstörung von Wohnraum, Hab und Gut und unersetzbarem kulturellem Erbe. Gleichzeitig wächst die Gefahr eines regionalen Konfliktes, in den die Nachbarländer Syriens immer weiter hineingezogen werden. Jüngst explodierten zwei Raketen in Beirut, und die libanesische Hizbollah kündigte an, auf der Seite des Regimes in Syrien kämpfen zu wollen.[v] Die israelische Luftwaffe hat schon mehrfach Angriffe auf Syrien geflogen, die Türkei dient als Umschlagplatz für Waffenlieferungen und Rückzugsraum der Rebellen, Jordanien hat wie der Libanon Hunderttausende Flüchtlinge aufgenommen, der Iran, selbst Objekt strenger internationaler Sanktionen wegen seiner umstrittenen Atompolitik, unterstützt das Assad-Regime mit Waffen und wohl auch mit Kämpfern, und auch aus dem von einer neuen Anschlagswelle heimgesuchten Irak sollen schiitische Kämpfer nach Syrien gekommen sein.

Nach Einschätzung von OCHA[vi] benötigt rund ein Drittel der syrischen Bevölkerung, 8,3 Mio. Menschen, dringende humanitäre Hilfe[vii]. Davon sind rund 50% oder 3,1 Millionen (!) Kinder. Die Zahl der intern Vertriebenen wird auf 4,24 Mio. geschätzt. Die Zahl der Flüchtlinge, also jenen, die die Landesgrenzen passiert haben, liegt nach neuen Zahlen der UN bei 1,5 Millionen[viii], davon 500.000 im Libanon und 500.000 in Jordanien.

Einen schwachen Hoffnungsschimmer stellt dar, dass sich Russland und die USA Anfang Mai auf die Einberufung einer Friedenskonferenz nach Genf verständigt haben, die auch von den Vereinten Nationen begrüßt wurde. Ob es zu dieser Konferenz aber tatsächlich kommt oder ob sie schon im Vorfeld an den unterschiedlichen Positionen und Vorbedingungen der Kriegsparteien scheitert, ist im Moment offen.

Im Folgenden sollen zuerst die verschiedenen Formen der internationalen Intervention in den Bürgerkrieg beschrieben werden, und daran anschließend einige Vorschläge skizziert werden, was in der derzeitigen Situation sinnvoll unternommen werden kann, um diesen Krieg zu beenden.

Die Eskalationsskala der Intervention

Direktes militärisches Eingreifen

Im Update des Syrien-Dossiers des Monitoring-Projektes Zivile Konfliktbearbeitung der Kooperation für den Frieden[ix] beschrieben wir bereits im August 2012, dass es im Grunde keine Frage mehr sei, ob in diesen Bürgerkrieg mit militärischen Mitteln eingegriffen werde – die Frage sei lediglich, ob auch die NATO oder eine „Koalition der Willigen" aus dem globalen Norden sich an ihr beteiligen werde. Diese Frage ist immer noch nicht beantwortet. Zwar ist deutlich, dass der Westen zögert, zu diesem Mittel zu greifen, aber es ist leicht vorstellbar, dass sich dies ändert. Mindestens zwei (nicht inkompatible) Szenarien sind denkbar: Das erste ist, dass – ähnlich wie 1993/4 in den USA im Falle des Krieges in Bosnien-Herzegowina – der öffentliche Druck so stark wird, dass sich die Politik zum Handeln gezwungen fühlt. In den Medien in vielen westlichen Ländern wird inzwischen vehement für eine Militärintervention plädiert[x]; obschon dies – noch - kein großes Echo in der breiteren Bevölkerung zu wecken scheint. Das könnte sich ändern, falls z.B. große Massaker, u.U. unter unzweifelhaftem Einsatz von Giftgas durch die Regierung Assad, passieren.[xi] Das zweite mögliche Szenario wäre eine weitere Eskalation vor Ort, besonders, falls Nachbarländer Syriens in den Konflikt mit hineingezogen werden oder Israel attackiert wird, so dass aus Sicht der militärgestützten Realpolitik eine Intervention als das kleinere Übel erscheint.

Die USA, die noch Mitte letzten Jahres mit direktem Eingreifen in dem Falle gedroht hatten, dass Giftgas eingesetzt werde, verhalten sich im Moment, wo dem Regime vorgeworfen wird, Giftgas gegen die Aufständischen eingesetzt zu haben, sehr vorsichtig und forderten lediglich

eine umfassende Untersuchung durch die UN.[xii] Auch Frankreich, das noch 2011 der Hauptakteur der Militärintervention in Libyen und Anfang diesen Jahres in Mali war, scheint seiner durchaus kriegerischen Rhetorik, die bis hin zu Drohungen reichte, notfalls auch unilateral einzugreifen, keine Taten folgen lassen zu wollen.

Eine Militärintervention findet aber bereits statt – Hunderte von Kämpfern aus arabischen Staaten sollen seit 2012 im Lande sein, um die Aufständischen zu unterstützen; genaue Zahlen sind unbekannt.[xiii] Auf der anderen Seite kommen auch immer mehr Milizen ins Land, um das Assad-Regime zu unterstützen: Mitte Mai 2013 waren Meldungen zu lesen, dass schiitische Kämpfer aus dem Irak nach Syrien kämen, und die Hizbollah aus dem Libanon kündigte ebenfalls an, in Syrien kämpfen zu wollen.[xiv]

Etwas anders sind die Angriffe Israels motiviert. Israel ist zwar mit dem Assad-Regime verfeindet – der Kriegszustand wurde nie offiziell beendet - aber es dürfte angesichts der Vielzahl extremistischer islamistischer Gruppen im Land Zweifel haben, ob ein Sieg der Aufständischen Israels Sicherheitslage wirklich verbessern würde. Bei den Luftangriffen Israels und den Schusswechseln auf den Golan-Höhen Mitte Mai 2013 ging es darum, Waffenlieferungen an die libanesische Hizbollah, die vom Assad-Regime unterstützt wird, zu verhindern.[xv]

Militärhilfe für die Konfliktparteien

Die derzeit bevorzugte Form der Militärintervention ist aber nicht die mit Bombern oder Truppen, sondern die Bewaffnung der Konfliktparteien, deren Ausbildung und logistische Unterstützung. Sie hat bereits gegen Ende 2011 eingesetzt. Besonders Saudi-Arabien, Katar und die Türkei sind hier aktiv, wobei genaue Zahlen über das Volumen solcher Hilfe nicht bekannt sind. Auch der CIA mischt mit: Es sollen CIA-Beamte im Einsatz sein, die in Syrien operieren und versuchen, dafür zu sorgen, dass die Waffen „in die richtigen Hände", d.h. nicht in die Hände extremistischer islamischer Gruppen wie Al Kaida, gelangen. Und Anfang April 2013 kündigten mehrere westliche Staaten an, dass sie Millionen Dollar in sog. „nicht-tödliche" Hilfe investieren würden, worunter auch Kommunikations– und Aufklärungshilfe über Truppenbewegungen und dergleichen gehört.[xvi] Die USA haben laut Spiegel Online vom 21.4.2013 bereits 117 Mio. USD bereitgestellt und geben jetzt weitere 250 Mio.

In der Nacht des 27. Mai 2013 haben die EU-Außenminister auf Drängen Frankreichs und Großbritanniens und nach einer kontroversen Diskussion entschieden, es den Mitgliedsländern der EU zu überlassen, ob sie Waffen und andere militärische Ausrüstung an die Syrian National Coalition liefern wollen, sofern diese „dem Schutz von Zivilisten" dienten. Jede Lieferung solle auf einer Einzelfallbasis entschieden werden.[xvii] Die anderen Sanktionen bleiben für ein weiteres Jahr bestehen. Etliche EU-Mitgliedsstaaten – leider nicht Deutschland – hatten sich diesem Beschluss vehement widersetzt, unterlagen aber schließlich, weil eine Nicht-Einigung bedeutet hätte, dass das Waffenembargo auf jeden Fall ausgelaufen wäre.

Dass solche Form der Waffenhilfe für Rebellen gegen internationales Recht verstößt, scheint dabei kaum jemand zu stören.[xviii]

Auf der anderen Seite unterstützen der Iran[xix] und Russland[xx] trotz aller Appelle der Vereinten Nationen das Assad-Regime. Im Moment im Gespräch ist ein Upgrade eines Luftabwehrsystems (S-300) durch Russland, das Flugzeuge in einer Reichweite bis zu 200 km abschießen kann.[xxi]

Zivile Sanktionen

Sanktionen gegen Syrien gibt es schon seit Mitte der 2000er von Seiten der USA und der EU im Zusammenhang mit Vorwürfen, Syrien fördere den „internationalen Terrorismus" und hindere Militante nicht daran, in den Irak zu fahren, sowie konkreter der Vorwurf, für den Mord an dem libanesischen Ex-Premierminister Rafik Hariri verantwortlich zu sein.

Die heutige Welle der Sanktionen begann 2011 mit dem Aufstand in Syrien. Die EU verhängte die ersten Sanktionen bereits am 10. Mai 2011; sie wurden seitdem mehrfach verschärft. Heute umfassen sie u.a. Rohöl und Erdölerzeugnisse, Ausrüstung für die Öl-/Gasindustrie[xxii], Finanzdienstleistungen, Luxusgüter, Gold, Edelmetalle, Diamanten, Banknoten, Münzen,

Einreiseverbote für bestimmte PolitikerInnen des Regimes und das bereits erwähnte Waffenembargo. [xxiii] Ähnliche Sanktionen verhängte die Arabische Liga.

Im UN-Sicherheitsrat scheiterten drei Male Resolutionen zu Syrien am Widerstand Russlands und Chinas; allein die Entsendung der Beobachtermission und die Unterstützung von Kofi Annans Friedensplan trafen den Konsens aller ständigen Mitglieder.

Welche Wirkungen die Sanktionen haben, ist angesichts des Krieges schwer zu beurteilen. Deutlich sind auf jeden Fall steigende Preise und wachsende Armut der Bevölkerung.[xxiv]

Vermittlungsbemühungen

Der Friedensplan des Sondervermittlers der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, Kofi Annan, scheiterte Mitte 2012, und Annan erklärte frustriert seinen Rückzug. Er wurde ersetzt durch Lakhdar Brahimi. Auch eine 300-Kopf starke UN-Beobachtermission (UNSMIS – UN Supervision Mission in Syria) wurde in der dritten Augustwoche 2012 beendet.[xxv]

Im Mai 2013 wurde eine neue Initiative angekündigt: USA und Russland haben gemeinsam anlässlich eines Besuches von Außenminister Kerry und Treffen mit dem russischen Außenminister Lawrow in Russland Anfang Mai eine Friedenskonferenz vorgeschlagen, die in Genf stattfinden soll. Aber schon jetzt gibt es Uneinigkeit darüber, wer die Opposition vertreten solle[xxvi]: die Syrian National Coalition, das neue, international von vielen Staaten anerkannte Dach der Opposition[xxvii], das formal den Syrian National Council, der als zu zerstritten galt, in dieser Rolle abgelöst hat, obwohl der SNC weiter eine führende Rolle in der Koalition spielt[xxviii] oder auch andere Gruppen wie der National Coordinating Body[xxix]. Auch wurde – wie schon früher immer wieder – die Frage aufgeworfen, ob der Rücktritt Assads die Vorbedingung für ein solches Treffen sein solle, wie die Opposition fordert. Russland und die USA scheinen sich einig, keine solche Vorbedingung zu formulieren.

Humanitäre Hilfe

Die Situation der Vertriebenen und Flüchtlinge in Syrien und in den angrenzenden Ländern ist äußerst schlecht. In Syrien sind viele Vertriebene bei Verwandten oder in behelfsmäßigen Unterkünften untergekommen; Gedränge, Mangel an sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen werden von solchen Unterkünften berichtet.[xxx] Die Situation in den Lagern in den Nachbarländern ist ebenfalls nicht gut und droht, die Gastländer, die selbst unter Inflation und Arbeitslosigkeit leiden, zu überfordern. 76% der Flüchtlinge halten sich außerhalb von Flüchtlingslagern auf, aber auch für sie ist es zunehmend schwer, Wohnung und Einkommen zu finden.[xxxi]

In Deutschland halten sich bislang nur wenige Flüchtlinge aus Syrien auf. Im März 2013 gab der Bundesinnenminister bekannt, dass Deutschland bis zu 5.000 zusätzliche Flüchtlinge (ab Juni 3.000, ab Herbst dann noch weitere 2.000) aufnehmen werde, wobei es sich um ‚besonders schutzbedürftige' Personengruppen – Familien mit Kindern, unbegleitete Kinder, Angehörige von Minderheiten - aus den angrenzenden Ländern handeln solle.[xxxii] Eine Betonung auf Angehörigen der christlichen Minderheit als ‚besonders Schutzbedürftige' hat den Eindruck erweckt, dass vor allem Christen aufgenommen werden sollten.

Humanitäre Hilfe für die Vertriebenen und Flüchtlinge wird von vielen Organisationen, internationalen (UNHCR, World Food Program, UNICEF, UNRWA, UNFPA)[xxxiii], einzelstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen geleistet. UN-Konvois versorgen Bedürftige innerhalb Syriens über Konfliktlinien hinweg[xxxiv]; Nichtregierungsorganisationens haben Zugang zumindest zu den Grenzgebieten, die nicht mehr unter Kontrolle des Regimes stehen. In Deutschland wurde ein Bündnis „Entwicklung Hilft" gegründet, dessen Mitgliedsorganisationen medico international, Misereor, terre des hommes und Welthungerhilfe in Syrien, an der türkisch-syrischen Grenze und in den Nachbarländern Jordanien, Libanon und Irak aktiv sind, und sich auch mit politischen Forderungen an die Bundesregierung zu Wort gemeldet haben.[xxxv]

Was jetzt getan werden kann

Vorschläge, die auf eine Lösung abzielen, die allen Parteien und Interessengruppen in Syrien eine Perspektive bietet und die verhindern würden, dass Syrien in ethnisch-konfessionelle Teile und/oder in Gebiete zerbricht, die entweder von der Regierung oder der Opposition kontrolliert werden, liegen schon seit langem auf dem Tisch. Die Zeit kann nicht mehr zurückgedreht werden und eine Rückkehr zu einem gewaltlosen Aufstand scheint illusionär. Ebenso wird es immer unwahrscheinlicher, dass eine der Parteien kurz- oder mittelfristig militärisch siegt, dazu erhalten beide Seiten zu viel militärische Hilfe aus dem Ausland. Deshalb ist das einzige, was bleibt, ein Kompromiss, der dazu führt, dass die Waffen schweigen und der Wiederaufbau beginnen kann.

Die Frage ist, wie erreicht werden kann, dass die Kriegsdynamik gebrochen wird. Es ist die Suche nach dem „Fenster der Gelegenheit", einem Begriff aus der Friedens- und Konfliktforschung, der beschreibt, dass es im Verlauf gewaltförmiger Konflikte gelegentlich Momente gibt, in denen eine Veränderung der Dynamik möglich ist. Solche „Fenster der Gelegenheit" können ganz unterschiedlicher Natur sein. Sie sind oftmals weder planbar noch per se wünschenswert – etwa, dass beide Seiten das Gefühl haben, militärisch keine Fortschritte mehr machen zu können, äußere oder innere Ereignisse wie Naturkatastrophen oder der Tod eines Anführers einer der Parteien, ein Wegfallen oder Umschwenken eines wichtigen auswärtigen Unterstützers oder einer wichtigen Stütze einer der Parteien innerhalb des Landes. Im Falle Syriens scheint ein beeinflussbares Element der Punkt der auswärtigen Unterstützung zu sein. Je mehr alle Seiten von solch ausländischer Unterstützung abhängig sind, umso mehr liegt auch die Verantwortung und der Schlüssel zur Beendigung der Gewalt im Ausland.

Die jetzt vorgeschlagene Friedenskonferenz scheint ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Entscheidend ist jetzt, die Parteien vor Ort, aber auch ihre heimlichen und offenen Unterstützer im Ausland – von Saudi-Arabien, der Türkei und Katar auf der einen über EU und die USA bis zu Iran, Russland und China auf der anderen Seite – dazu zu bringen, ihrerseits Druck auszuüben, dass die Konfliktparteien sich auf diese Konferenz einlassen. Die Kriegsparteien im Land sind von diesen Unterstützern weitgehend abhängig; ein Entzug der Unterstützung, bzw. zumindest der militärischen Unterstützung, würde ein solches Fenster der Gelegenheit schaffen. Was gebraucht wird, sind nicht Alliierte, die bedingungslos zu der einen oder anderen Seite stehen, sondern ehrliche Makler, die das Wohl Syriens – das Wohl der syrischen Bevölkerung -, nicht ihre eigenen politisch-strategischen Interessen - in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen.

Weitere Forderungen umfassen folgende Punkte:

- Die Kriegsparteien fordern wir auf, humanitäre Hilfe in alle Regionen zuzulassen, die Menschenrechte und das Kriegsvölkerrecht einzuhalten, ausländische bewaffnete Gruppen des Landes zu verweisen, politische Gefangenen freizulassen und umgehend einen Waffenstillstand umzusetzen.
- Die internationale Gemeinschaft als Ganze fordern wir auf, alles zu unterlassen, was den Krieg weiter anheizen würde, sondern sich für die vorgeschlagene Friedenskonferenz einzusetzen. Außerdem sollte sie erwägen, eine neue vorzugsweise zivile Beobachtungsmission durch Vereinten Nationen und die Arabische Liga zu entsenden, an der auch ein nennenswertes Kontingent von zivilgesellschaftlichen BeobachterInnen beteiligt ist, deren Mitglieder Erfahrung in der zivilen, gewaltfreien Intervention mitbringen.
- Die Bundesregierung fordern wir auf, über das zugesagte Flüchtlingskontingent hinaus unbürokratisch syrischen Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.

Anmerkungen

[i] Council of the European Union, Council declaration on Syria, 3241st Foreign Affairs Council Meeting, 27 May 2013, www.

[ii] Darauf wies Human Rights Watch schon 2012 hin: Human Rights Watch (2012) Syria: Armed Opposition Groups Committing Abuses. End Kidnappings, Forced Confessions, and Executions. March 20, 2012

[iii] Sogar der European External Action Service (EEAS) hatten vor einer Lockerung gewarnt, weil sie fürchteten, dass dies die Chancen auf die angedachte Friedenskonferenz in Genf beschädigen könnte. http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22677599

[iv] http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=44960&Cr=syria&Cr1=#.UZyOhaLIb7U

[v] http://www.spiegel.de/politik/ausland/raketenangriff-auf-beirut-der-syrische-krieg-im-libanon-a-901983.html.

[vi] OCHA (2013) Humanitarian Bulletin. Syria, Issue 24, 23 April – 6 May

[vii] http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=44960&Cr=syria&Cr1=#.UZyOhaLIb7U

[viii] http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=44934&Cr=syria&Cr1=#

[ix] Schweitzer, Christine mit Buro, Andreas (2012) Aktualisierung zum Dossier V - Der Syrienkonflikt**,** Ende August 2012, Monitoring Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention, Hrsg. Kooperation für den Frieden.

[x] Siehe das neue Papier von Jürgen Wagner: Wagner, Jürgen (2013) Syrien: Auftritt der Kriegstreiber. IMI-Standpunkt 2013/018 (30.4.2013), Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., www.imi-online.de.

[xi] Es scheint inzwischen schon mindestens drei Male Giftgas eingesetzt worden zu sein, es ist aber unklar, ob die Regierung oder die Rebellen dafür verantwortlich sind. Dass Berichte über Massaker dabei nützen können, die ‚internationale Gemeinschaft' zum Eingreifen zu bewegen, haben inzwischen auch die syrischen Rebellen – wie vor ihnen die Kosovarische UCK und die bosnische und kroatische Regierung in den 1990er Jahren – gelernt. Der Mainzer Orientforscher Prof. Günter Meyer sprach jüngst von einer „Strategie des Massaker-Marketings", die die Aufständischen betreiben würden. (Syrien-Experte: „Giftgas-Einsatz nützt Aufständischen", schwäbische.de, 01.05.2013**,** http://www.schwaebische.de, [Zugriff: 12.05.2013]

[xii] Siehe auch Wagner 2013 a.a.O.

[xiii] Siehe z.B. Asseburg, Murel und Wimmen, Heiko (2012) Syrien im Bürgerkrieg. Externe Akteure und Interessen als Treiber des Konfliktes. SWP Aktuell 68, November 2012, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik; Rod Nordland, 'Al Qaeda Taking Deadly New Role in Syria's Conflict'. *New York Times* 24.7.2012. http://www.nytimes.com/2012/07/25/world/middleeast/al-qaeda-insinuating-its-way-into-syrias-conflict.html?_r=1&pagewanted=all; Murad Batal al-Shishani, 'Syria conflict: Jihadists' role growing'. *BBC*, 2 August 2012. http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-19091400.

[xiv] http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22594072; http://www.spiegel.de/politik/ausland/raketenangriff-auf-beirut-der-syrische-krieg-im-libanon-a-901983.html.

[xv] http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-05/syrien-israel-gefecht

[xvi] http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22594072

[xvii] Council of the European Union, Council declaration on Syria, 3241st Foreign Affairs Council Meeting, 27 May 2013,

[xviii] Siehe Thielbörger, Pierre (2013) The Legality of Weapons Delivery to Syrian Rebels under International and European Law. Bofaxe Nr 426E, 11.4.2013

[xix] Siehe Asseburg & Wimmen 2012 a.a.O.

[xx] Laut *Spiegel Online* (Benjamin Bidder, ‚Waffen für Syrien. So rüstet Russland Assads Flugabwehr auf'. http://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenlieferungen-wie-russland-assads-flugabwehr-aufruestet-a-841413.html) soll allein in 2012 Militär-Hardware im Wert von 500 Millionen Dollar verschifft werden. Zu Iran: Siehe FOCUS Online: http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/syrien/tid-26869/hinweise-auf-iranische-hilfe-fuer-assad-schickt-der-iran-elite-kaempfer-nach-syrien_aid_796936.html vom 9.8.2012

[xxi] Gutterman, Steve und Solomon, Erika (2013) Syria peace conference already hitting snags – Russia. Reuters, 11. Mai 2013.

[xxii] Diese Erdöl-bezogenen Sanktionen gelten seit Mitte April 2013 nicht mehr für die Opposition. (http://www.tagesschau.de/ausland/euaussenminister-syrien100.html)

[xxiii] Quelle: Wirtschaftskammer Oberösterreich (2013) Aktueller Stand der Sanktionen gegen Syrien. 23. April 2013. http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=632736&dstid=0

[xxiv] Leukefeld, Karin (2013) Das Agrarland Syrien, die Wirkung der Sanktionen und die ‚Geberkonferenz' in Kuwait'. www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/agrar.html; Deutschlandradio vom 4.8.2012 (http://www.dradio.de/aktuell/1829581/).

[xxv] www.un.org/

[xxvi] Gutterman & Solomon a,a.O.

[xxvii] Die *National Coalition for Syrian Revolutionary and Opposition Forces* wurde am 11. November 2012 gegründet und sollte eine inklusivere Führung der Opposition als der Syrian National Council darstellen. Sie wurde inzwischen von über 100 Staaten anerkannt; allerdings nicht von Russland, dem Iran und China. Ein Großteil ihrer Führung befindet sich im Ausland; Mitglieder sind u.a. der SNC und die Local Co-ordination Committees (LCC). Der erste Präsident der Koalition, Moaz Al-Khatib, ein sunnitischer Geistlicher, trat im März 2013 aus Protest gegen die Einflussnahme aus dem Ausland zurück. Er wurde ersetzt durch George Sabra, dem Präsidenten des SNC. Siehe BBC (2013) Guide to the Syrian Opposition, updated 23.4.2013, http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-15798218

[xxviii] Der *Syrian National Council (SNC)* wurde im Oktober 2011 gegründet und derzeit von George Sabra, einem Christen und linken Dissidenten geführt, ist aber mehrheitlich sunnitisch. (s. BBC 2013 a.a.O).

[xxix] Der *National Syrian Co-ordinating Body (NCC)*, gegründet im September 2011, ist ein Zusammenschluss von 13 linken Parteien und unabhängigen AktivistInnen, die sich vorwiegend in Syrien, nicht im Ausland aufhalten. Er wendet sich gegen den bewaffneten Aufstand und gegen eine Militärintervention von außen und ist bereit, auch mit dem Assad-Regime zu reden; lehnte aber eine Teilnahme an der „Initiative des nationalen Dialogs", die von Assad verkündet wurde, ab(s. BBC 2013 a.a.O).

[xxx] OCHA (2013) Humanitarian Bulletin Syria, No 24, 23 April – 6 May 2013.

[xxxi] Siehe Ocha 2013 a.a.O.

[xxxii] UNHCR (2013) Informationen zu der von der Bundesregierung geplanten Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen. AufnahmeSyrischerFluechtlinge.pdf.

[xxxiii] http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=44960&Cr=syria&Cr1=#.UZyOhaLlb7U

[xxxiv] S. OCHA 2013 a.a.O.;

[xxxv] Zu diesen Forderungen gehören: Erreichen einer Waffenruhe und verbesserter Zugang für Hilfsorganisationen, wozu massiver Druck auf alle Parteien ausgeübt werden soll; Waffenlieferungen an alle Kriegsparteien unterbinden; die Vereinten Nationen bei ihrer humanitären Arbeit unterstützen; den Flüchtlingen und Vertriebenen im Land und in den Nachbarländern helfen und ihnen die Ausreise zu Verwandten nach Deutschland erleichtern. Quelle: Bündnis Entwicklung Hilft, Humanitäre Hilfe verstärken, politische Blockaden überwinden. Syrien-Appell 07.05.2013